

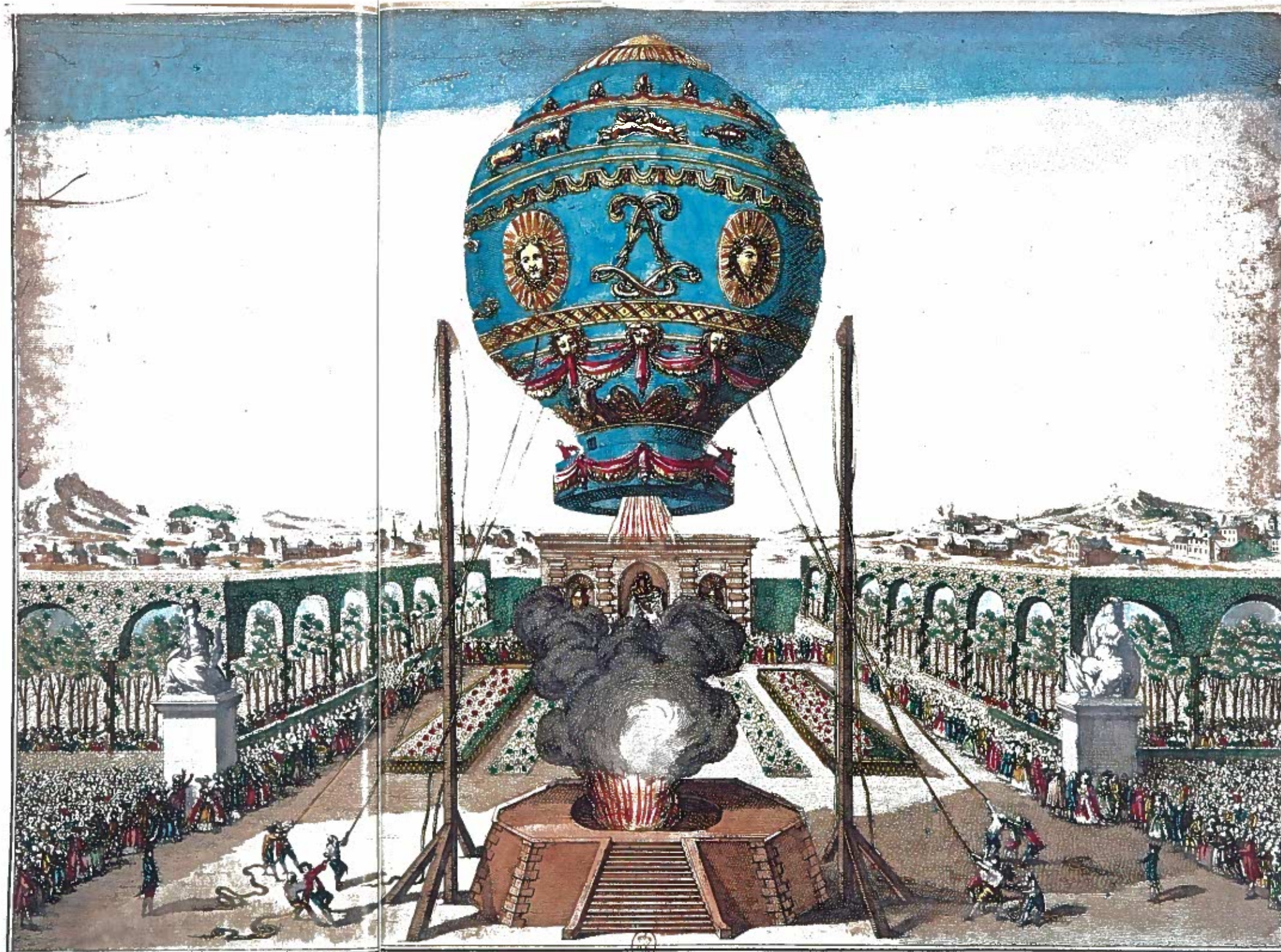
Alles andere als heiße Luft war die Erfindung der „Montgolfière“ im Jahr 1783, hier auf einer zeitgenössischen Radierung zu sehen. Der nach den Brüdern Montgolfier benannte erste Heißluftballon stieg auf fast 2.000 Meter Höhe und schwebte zwei Kilometer. Diese Erfindung bildete den Grundstein für die bemannte Flugfahrt.

Was fördert Erfindergeist?



INNOVATIONSPOLITIK Die Öffentliche Verwaltung fördert Innovationen der Wissenschaft und Wirtschaft. Aber auch sie selbst wartet mit einer Reihe von innovativen Ansätzen auf, die international Anerkennung finden.

Text Sandra Dudek



Devoini d'après nature par Darnois.

VUE ET PERSPECTIVE DU JARDIN DE M^{rs} REVEILLON FABRIQUANT DE PAPIER,

Ein Geschäft im niederösterreichischen Reinsberg. Kunden nehmen hier eine Milchpackung, dort ein Netz Orangen. Einkaufsalldag, der in einem YouTube-Video festgehalten wird. Weniger alltäglich ist der als Ritter verkleidete Mann, der zwischen Kühlvitrine und Obstregal unvermittelt zu tan-

zen beginnt. Eine Weile tun die Kunden, als wäre nichts, dann setzen sie alle gleichzeitig ein: Die 1.000-Einwohner-Gemeinde tanzt den „Harlem Shake“. Der Feuerwehrmann, die Musikant, der Jäger, die Gemeindebedienstete, sogar der Mostbaron – sie alle „shaken“ sichtbar vergnügt in ihrem „G'schäft“, das es ohne sie nicht gäbe.

Nur dank der Initiative von Bürgern und der Gemeinde hat der Ort seit 2012 wieder einen Nahversorgungsladen. Gemeinsam wurden die Finanzen aufgestellt, und auch der dafür gegründete Verein besteht aus privaten wie öffentlichen Vertretern. 2013 gewann „Unser G'schäft in Reinsberg“ den Österreichischen Verwaltungspreis in

der Kategorie „Small is beautiful“ für innovative Projekte von kleineren Gemeinden. Das Beispiel veranschaulicht das neue Selbstverständnis der Öffentlichen Verwaltung: als Impulsgeberin für Innovationen und innovationsfreudig in den eigenen Reihen, beides mit starkem Bezug zu den Bürgern. »



Ludwig Schedl

» Weniger oder mehr vom selben ist noch keine Innovation.

Ursula Rosenbichler, BKA

Reform versus Reformierung

„Innovation ist kein singuläres Ereignis, das vom Himmel fällt. Es braucht eine systematische Reflexion darüber, ob der Weg, den wir in der Öffentlichen Verwaltung gehen, passt oder ob wir Veränderungen herbeiführen müssen und welche“, sagt Ursula Rosenbichler, Leiterin der Abteilung Wirkungscontrollingstelle und Verwaltungsinnovation im BKA. Die insgesamt 18 Mitarbeiter ihrer Abteilung sind derzeit beschäftigt, eine der wichtigsten Innovationen der Öffentlichen Hand voranzutreiben: Die Implementierung der wirkungsorientierten Steuerung im Rahmen der Umsetzung des neuen Haushaltsrechts können als größte Change-Prozesse der Republik gelten. Dabei stellt sich die Frage, ob die Verwaltungsreform als Synonym für Innovation gesehen werden kann. „Eine Verwaltungsreform, die unter der Notwendigkeit passiert, dass wir Budgetrestriktionen haben, ist noch keine Innovation, sondern schlicht und einfach eine Reformierung. Anders ausgedrückt: Weniger oder mehr vom selben ist noch keine Innovation“, meint Rosenbichler.

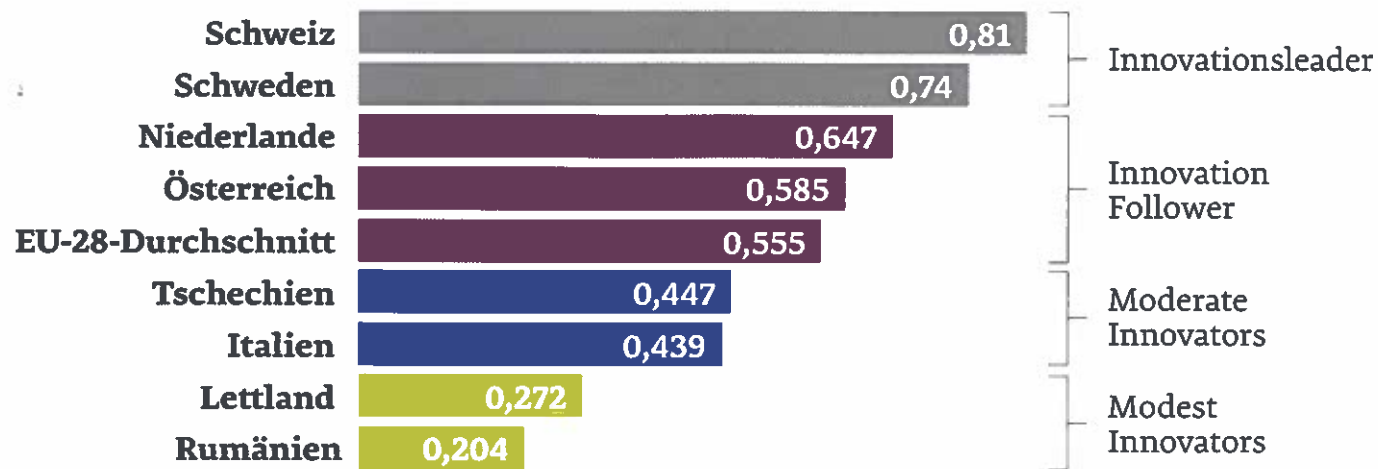
„Neu“ muss etwas sein oder zumindest „signifikant verbessert“, um als Innovation zu gelten. Das gilt selbstredend für Produkte, aber auch für „die Einführung einer Dienstleistung oder eines Prozesses, einer neuen Marketingmethode oder einer neuen Organisationsmethode in die Unternehmenspraxis, in die Arbeitsorganisation oder in externe Beziehungen“. So steht es im „Oslo Manual“, einem von OECD und Eurostat

gemeinsam herausgegebenen Werk mit Richtlinien zum Sammeln und Interpretieren von Innovationsdaten.

Innovation sichtbar machen

„In jedem Fall ist es wichtig, die Bemühungen zu belohnen, die Erfolge zu feiern und sie vor den Vorhang zu holen“, meint Rosenbichler. Eine starke fachliche Vernetzung sowie der Austausch von Best-Practice-Beispielen auf internationaler Ebene sind für ein innovatives Verwaltungsdenken unablässig. Das Ausschreiben von eigenen Preisen und die Teilnahme an einschlägigen Wettbewerben machen die Arbeit sichtbarer. So konnte sich der Bund 2014 über den Gewinn des renommierten United Public Service Award der Vereinten Nationen (UPSA) freuen, mit dem das Projekt data.gv.at des Bundeskanzleramts ausgezeichnet wurde. 2011 ging die Stadt Wien mit dem Projekt „ÖkoKauf Wien“ siegreich aus dem Wettbewerb um den European Public Sector Award (EPSA) hervor. Und heuer gibt es beim E-Government-Wettbewerb der deutschsprachigen Länder Österreich, Deutschland und Schweiz zwei Sieger aus Österreich.

Alle zwei Jahre schreibt das BKA den eingangs erwähnten Österreichischen Verwaltungspreis aus, mit dem innovative Projekte im Bereich Steuerung und Management, Partizipation und Gleichstellung ausgezeichnet werden. Dieses Jahr ist selbst das Auswahlverfahren innovativ: Nicht nur eine Fachjury, auch Studierende und damit die (zukünftigen) Nutznießer



WIE INNOVATIV IST EUROPA?

Laut Innovation Union Scoreboard (IUS), der mittels 25 Indikatoren die Innovationsentwicklung der EU-Mitgliedstaaten misst, liegt Österreich knapp über dem EU-Durchschnitt. Bei wissenschaftlichen Kopublikationen, F&E-Ausgaben im privaten Sektor und innovativen KMUs, die in diesen Index einfließen, punktet Österreich. Für eine Position unter den „Innovation Leaders“ reicht es derzeit nicht: Nachholbedarf gibt es etwa bei Umsatzanteilen mit neuen Produkten, Nicht-F&E-Innovationsausgaben, vor allem aber beim Risikokapital.

Quelle: Maastricht Economic and Social Research Institute on Innovation and Technology: „Innovation Union Scoreboard 2015“



BMWFV

» In der Innovationspolitik wurden zunehmend nachfrageseitige Maßnahmen interessant.

Michael Losch, BMWFW

der Neuerungen bewerten die eingereichten Projekte. Dafür gibt es eine Kooperation mit Fachhochschulen aus Oberösterreich, Kärnten und Wien sowie mit der WU Wien, die jeweils einen eigenen Preis verleihen.

Nachfrageseitige Anreize zur Innovation

Gerade an der Schnittstelle zwischen Öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft schlummert ein großes Potenzial für innovative Aktivitäten, die beide Seiten gleichermaßen beleben. „In den letzten Jahren wurden in der Innovationspolitik zunehmend nachfrageseitige Maßnahmen interessant, insbesondere bei der öffentlichen Beschaffung. Schließlich gehen Einschätzungen davon aus, dass das gesamte Beschaffungsvolumen für Österreich etwa 40 Milliarden Euro beträgt“, sagt Michael Losch, Leiter des Centers für Wirtschaftspolitik, Innovation und Technologie im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFV).

2012 hat der Ministerrat daher ein Leitkonzept für eine innovationsfördernde öffentliche Beschaffung beschlossen. Ein Jahr später wurde mit finanzieller Unterstützung des BMWFW und des Ministeriums für Verkehr, Inno-

vation und Technologie (BMVIT) in der Bundesbeschaffung (BBG) eine eigene Servicestelle für eine innovationsfördernde öffentliche Beschaffung (IÖB) eingerichtet. „Sie fungiert als One-Stop-Shop für Bedarfsträger, beschaffende Stellen, Förderagenturen und Wirtschaftsunternehmen und dient dabei als Ansprechpartner für die Öffentliche Hand“, sagt Losch. Dafür arbeitet sie eng mit sogenannten IÖB-Kompetenzstellen, etwa der AustriaTech, der Energieagentur, der Förderbank Austria Wirtschaftsservice (AWS) und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) zusammen.

Bewusstseinsbildende Maßnahmen sollen die Innovationsaktivitäten stimulieren. Dazu gehört der 2015 gleich zweimal ausgeschriebene IÖB-Projektwettbewerb. Dotiert mit insgesamt 80.000 Euro werden Projektideen zur Beschaffung von innovativen Produkten, Dienstleistungen oder Gesamtlösungen unterstützt. Der erste Platz der im Juni abgeschlossenen Runde ging an die Ämter der oberösterreichischen und der Kärntner Landesregierung. Eingereicht haben sie ein Planungskonzept für ein neues Fuhrparkmanagement für Elektroautos. Mit der Umsetzung ihrer Idee soll sowohl das Management

LARIMAR
HOTEL · THERME · SPA
STEGERSBACH

★★★★ SUPERIOR

ALLTAG RAUS. ENERGIE REIN.

An einem Ort voller positiver Energie, am Sonnenhügel von Stegersbach im Südburgenland, befindet sich das Hotel & Spa Larimar mit seinem erstklassigen Wellness-Erlebnis und dem Luxus von 2 Thermen. Jetzt erwarten Sie noch mehr Bade-, Sauna- und Ruheangebote für Ihre persönliche „Auszeit de luxe“.



in der öffentlichen Verwaltung als auch die Auftragslage von Privatunternehmern angekurbelt werden.

Forschung und Entwicklung im Fokus

Die nachfrageseitige Innovationspolitik ergänzt die angebotsseitigen Maßnahmen, etwa Förderungen. In diesem Bereich hat Österreich in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte gemacht: So investierte die Öffentliche Hand pro Jahr rund 3,5 Milliarden Euro direkt und – über Steuern – indirekt in Forschung und Entwicklung. 2015 werden die F&E-Ausgaben Österreichs gemäß der von Statistik Austria erstellten Globalschätzung erstmals über zehn Milliarden Euro liegen. Das entspricht einer Forschungsquote von mehr als drei Prozent des BIP. Mit diesem Wert erfüllt Österreich schon heute eines der Kernziele von „Europa 2020“, der Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der EU.

„Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und deren Beschäftigungspotenzial ist in Österreich ebenso wie in ganz Europa ein zentrales Thema. Dies hängt in hohem Maße von der Qualität der Aktivitäten im Bereich Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation ab. Für uns ist es daher wichtig, Investitionen in diesen Bereichen voranzutreiben und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft sowie den Unternehmertum fördern, vor allem jenen der kleinen und mittleren Unternehmen“, sagt Losch. Mit Agenturen wie der AWS, der FFG, aber auch der Christian-Doppler-Gesellschaft steht dafür ein Portfolio an Programmen und Netzwerken zur Verfügung.

Weniger Bürokratie, mehr Unternehmen

Ein Blick auf die Statistiken zeigt: Der Unternehmertum wächst in Österreich signifikant. Laut Wirtschaftskammer Österreich wurden 2014 mehr als 37.000 Unternehmen gegründet – das sind 110 täglich. Im Vergleich dazu: 2004 waren es um die 30.000. Mehr als die Hälfte der Neugründungen erfolgt im klassischen Bereich Gewerbe und Handwerk, gefolgt vom Handel (20 Prozent) und Information und Consulting (14 Prozent). Allerdings liegt Österreich im EU-Vergleich bei der Selbstständigkeitsquote mit knapp neun Prozent ohne Landwirtschaft weit abgeschlagen hinter dem Durchschnitt von 13 Prozent. In Deutschland haben zehn Prozent der arbeitenden Bevölkerung ein eigenes Unternehmen, in Tschechien mehr als 16 und in Italien beinahe 22 Prozent.

„Wenn wir Entrepreneurship steigern wollen, dann müssen wir Bürokratie abbauen. Es gibt zu viele Prozesse, sie sind zu komplex, und sie kosten zu viel Zeit“, sagt Nikolaus Franke. Trotz aller Kritik stellt der Leiter des Instituts für Entrepreneurship und Innovation an der WU Wien der Öffentlichen Verwaltung in Österreich insgesamt ein gutes Zeugnis aus, auch im internationalen Vergleich. „Die Stärken der Öffentlichen Verwaltung werden in Österreich eher unterschätzt. Viele Unternehmer nehmen den Staat leider eher als Bremser, Verbieter und Verkomplizierer wahr. Vielleicht zeigt sich da auch noch an der einen oder anderen Stelle die historische Rolle des Obrigkeitsstaats, der über den Bürger herrscht, statt ihm zu dienen“, meint er. „Wir wollen dich! Wir hoffen, dass du Erfolg hast! Wir unterstützen dich!“ – das ist das Gefühl, das man als Entrepreneur vermittelt bekommen will.

„Wenn Prozesse und Genehmigungen so gestaltet wären, dass das rüberkommt, dann wäre das ein riesiger Gewinn“, sagt er.

250 Köpfe, eine Strategie

Die Gründerland-Strategie des BMWFW kann nun dazu beitragen, diese Geisteshaltung auf den Weg zu bringen. 40 Maßnahmen zielen darauf ab, Österreich zum gründerfreundlichsten Land Europas zu machen. Das Maßnahmenbündel reicht von neuen Instrumenten zur Steigerung der Innovationsaktivitäten an Universitäten und Forschungseinrichtungen durch Spin-offs über neue Tools zur Verbesserung der Finanzierung, wie zum Beispiel ein Börse-Wachstumsprojekt, bis hin zur dichteren nationalen und internationalen Vernetzung der Start-up-Szene.

„Die Gründerland-Strategie ist ein lebendes Dokument: die Maßnahmen werden laufend umgesetzt, neue werden dazukommen. Einen Teil haben wir schon auf den Weg gebracht, besonders hervorstreichen wäre der neue, europaweit zu den offensten und modernsten zählende Rechtsrahmen für Crowdfunding im Rahmen des Alternativfinanzierungsgesetzes“, so Losch. Insgesamt zielt die Gründerland-Strategie darauf ab, bis 2020 50.000 Unternehmensgründungen pro Jahr und 100.000 neue Jobs durch die gesteigerte Gründungsaktivität zu bewirken. Die Strategie ist das Werk von mehr als 250 Persönlichkeiten, die direkt daran mitgearbeitet haben. „Viele von ihnen haben sich im Vorfeld in ihrem Netzwerk ausgetauscht und daraus Ideen einfließen lassen“, sagt er.

Am Entwicklungsprozess waren alle Zukunftsbranchen beteiligt: Start-ups, Seed-Investoren, Business-Angels, Vertreter aus Forschungs- und Wissenschaftsumfeld, Fördergeber (AWS, FFG usw.), Steuerberater, Unternehmensberater, Banken, etablierte sowie gescheiterte Gründer. Insbesondere Letzteren kommt eine bisher unterschätzte Rolle zu: „Bei den Projekten, die wir begleiten, scheitern auch einige. Wenn wir diese Erfahrungen mit Neugründern teilen, dann erzielen wir volkswirtschaftlich einen Mehrwert“, so Bernhard Sagmeister, einer der beiden Geschäftsführer der AWS. Die Bundesförderungsbank hat zwar primär die Aufgabe, Finanzierungen bereitzustellen, zunehmend wichtig wird aber „smart money“. Immer mehr wird es also nicht nur Geld, sondern auch Beratung und Feedback gegeben. „Manche Unternehmensgründer sind einfach zu optimistisch“, sagt er.

Mit einer Milliarde Euro unterstützt die AWS jährlich rund 6.000 Investitionsprojekte, knapp die Hälfte von ihnen sind Start-ups. 2014 haben diese weniger als fünf Jahre alten Unternehmen 200 Millionen Euro erhalten. 90 Prozent

kommen von der Milliarde wieder zurück, die Budgetbelastung ist also relativ gering, die Wirksamkeit dagegen hoch. 80 Prozent der Unternehmen, die die AWS in der Gründungsphase und darüber hinaus begleitet, bestehen auch nach sechs Jahren noch. Ansonsten liegt der Schnitt bei etwas mehr als 60 Prozent. „Eines der wichtigsten Themen bei der Gründung ist die Finanzierung. Wesentlich ist aber auch die Frage nach den Rahmenbedingungen, die den wirtschaftlichen Erfolg begünstigen oder hemmen können. Und wie man mit dem Scheitern umgeht“, sagt Sagmeister.

„Am wichtigsten ist es aus meiner Sicht, am Mentalitätswandel mitzuwirken. Obwohl mit Schumpeter und Drucker das Thema Entrepreneurship wesentlich durch zwei Österreicher geprägt wurde, ist die unternehmerische Tradition hierzulande nicht sehr ausgeprägt“, meint Franke dazu. Unternehmerisches Denken und Handeln müsse von klein auf durch Ausprobieren erlernt werden. Franke: „In einer Übungsfirma etwa trainiert man Kreativität, Risikoorientierung, Verantwortung und Initiative. Denn wer schwimmen lernen will, der muss schließlich auch ins Wasser.“



Stephan Huger

» Wenn wir Entrepreneurship steigern wollen, dann müssen wir Bürokratie abbauen.

Nikolaus Franke, WU Wien

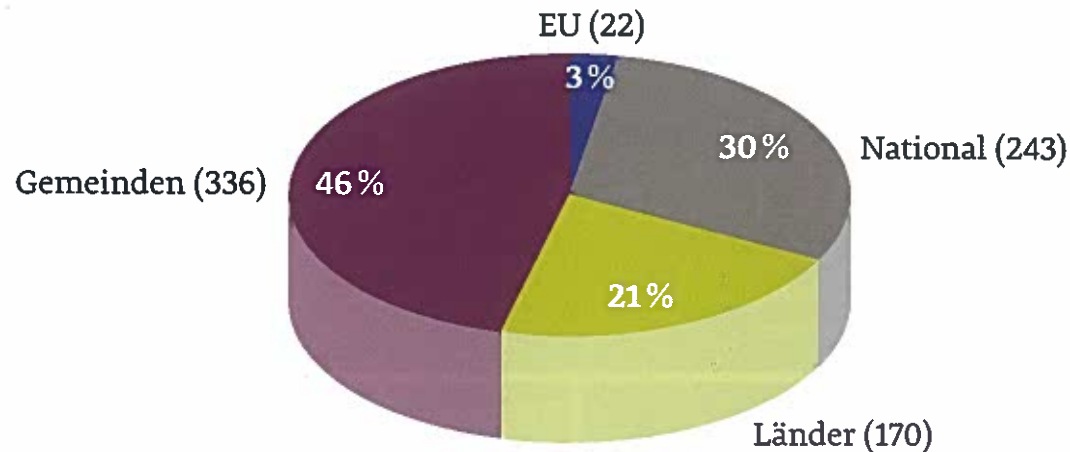


Irina Gerlich

» Durch Erfahrungsaustausch erzielen wir volkswirtschaftlich einen Mehrwert.

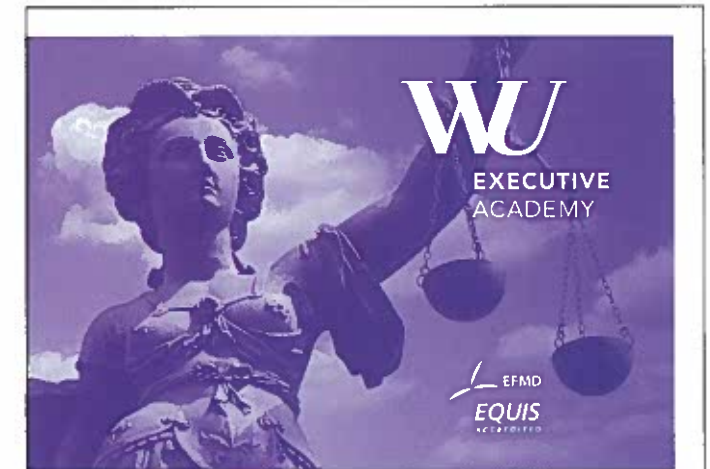
Bernhard Sagmeister, AWS

Einreichungen in Prozent (Einreichungen absolut)



EPSA: DIE EXZELLENZPLATTFORM DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG
Ein wahrer Fundus an Best-Practice-Beispielen: Mehr als 800 Einreichungen aus 38 europäischen Ländern verzeichnet der European Public Sector Award (EPSA) seit seiner Einführung im Jahr 2007. Knapp die Hälfte kommt aus lokalen Verwaltungseinrichtungen.

Quelle: EPSA, www.epsa2015.eu



Master of Legal Studies (MLS)

Kompakte Rechtskenntnisse für ManagerInnen

- Fokus:** Steuerrecht, Arbeitsrecht, Unternehmensrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht und Europarecht, Zivilrecht
- Dauer:** 15 Monate, berufsbegleitend (Blockveranstaltungen)
- Start:** Oktober 2015
- Kontakt:** Wirtschaftsuniversität Wien - Executive Academy +43-1-313 36-5310, mls@wu.ac.at www.executiveacademy.at/mls